Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 111 (2017)

Heft: 9

Artikel: Eine andere Handelspolitik : das Alternative Handelsmandat : Eckpunkte einer gerechten EU-Handelspolitik

Autor: Strickner, Alexandra

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-731323

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Alexandra Strickner

Eine andere Handelspolitik

Das *Alternative Handelsmandat:* Eckpunkte einer gerechten EU-Handelspolitik

Gibt es eine Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Das Alternative Handelsmandat *weist neue Wege und fordert eine Handelspolitik, die die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum rückt, den Planeten nicht zerstört und gutes Leben in Europa nicht auf Kosten des guten Lebens anderer organisiert.*

Seit 2013 ist in Europa breiter Widerstand gegen das transatlantische Handels- und Investitionsschutzabkommen der EU mit den USA (TTIP) und jenes der EU mit Kanada (CETA) entstanden. Die Dynamik der Debatte über die Globalisierung hat dadurch an Fahrt gewonnen. Sie zeigt, dass die seit mehreren Jahrzehnten vorangetriebene neoliberale Globalisierung eine Vielzahl von Problemen mit sich bringt. Die Antwort kann nicht «more of the same» sein, sondern muss ein Umdenken in der europäischen Handels- und Investitionspolitik beinhalten. Das sogenannte *Alternative Handelsmandat* bietet dafür eine Grundlage.

Die Prinzipien sind zwischen 2010 und 2014 von der *Allianz für ein Alternatives Handelsmandat* unter Beteiligung eines breiten Spektrums zivilgesellschaftlicher Gruppen aus der EU und Ländern des globalen Südens erarbeitet worden. Sie sind eingebettet in die Erkenntnis, dass wir nicht nur die Handels- und Investitionspolitik radikal ändern müssen, sondern auch die Klima- und Umweltkrisen eine gänzliche Veränderung unserer Lebens-, Produktions- und Konsumweisen erfordern. Es geht darum, die Wirtschaft so umzugestalten, dass die grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen ins Zentrum rücken, ohne dabei die Natur zu zerstören. Und darum, dass Solidarität, Komplementarität, Diversität, Frieden und das Wohlergehen aller Menschen zentrale Werte werden. Wichtig ist, dass wir gutes Leben für uns in Europa nicht auf Kosten des guten Lebens anderer organisieren. Was sind also die Eckpunkte des *Alternativen Handelsmandats?*

1. Handel muss Mittel zum Zweck sein – nicht das Ziel an sich

Die gegenwärtige Handelspolitik befeuert den globalen Wettlauf um die niedrigsten Standards und Löhne, indem sie Angestellte wie auch Bauern und Bäuerinnen weltweit immer stärker in Konkurrenz zueinander setzt. So bedient sie die Interessen global agierender Konzerne an geringen Kosten und hohen Profiten. Die Ausweitung des globalen Handels ist zu einem Ziel an sich geworden. Das Wachstum von Exporten und generell des Güter- und Dienstleistungshandels wird per se als Voraussetzung für Wohlstand definiert. Die realen Auswirkungen von Handelsabkommen auf lokale Wirtschaftsstrukturen, auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Angestellten und Bauern/Bäuerinnen sowie auf die Natur, werden dabei ausgeblendet oder als vernachlässigbar angesehen.

Im *Alternativen Handelsmandat* wird Handel als Mittel zum Zweck definiert. Handel und Handelspolitik müssen eingebettet sein in ein grösseres Ganzes – den Schutz der Menschenrechte, gute Arbeit für alle, die Erreichung der UNO-Klimaziele, die Sicherung der Lebensgrundlagen, die Regulierung von Finanzmärkten im Interesse des Gemeinwohls oder das Schliessen von Steuerschlupflöchern, um Steuergerechtigkeit zu ermöglichen. Demokratie, Kooperation, öffentliche Teilhabe, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung der Geschlechter und Nachhaltigkeit sind leitende Prinzipien.

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über das Alternative Handelsmandat, das von der Allianz für ein Alternatives Handelsmandat ausgearbeitet wurde. Er wurde in ungekürzter Fassung zuerst im Mai 2017 im Blog der Arbeiterkammer Wien veröffentlicht: blog.arbeitwirtschaft.at

Auf der Webseite von Attac Österreich ist eine Langversion des Alternativen Handelsmandats unter dem Titel Handel: Zeit für eine neue Vision. Allianz für ein Alternatives Handelsmandat *verfügbar: www.attac.at*

2. Gerechter Welthandel fördert regionale Wirtschaftskreisläufe und ist komplementär

Das aktuelle Welthandelsregime und die EU-Handelspolitik geben dem globalen Handel Vorrang vor lokalem Handel und regionalen Wirtschaftskreisläufen. In der Realität findet der Handel jedoch vor allem auf lokaler und regionaler Ebene statt. Von den Klein- und Mittelbetrieben – dem Rückgrat der europäischen Wirtschaft – unterhalten weniger als ein Prozent Handelsbeziehungen ausserhalb Europas. 80 Prozent des Handels der EU-Länder findet in Europa statt. Ein gerechtes Welthandelssystem gibt lokalem und regionalem Handel Vorrang – globaler Handel ist komplementär dazu. Daher steht nicht die laufende Verringerung, Abschaffung oder Angleichung von Zöllen und der als «Handelsbarrieren» definierten Gesetze, Standards oder sonstigen Regeln im Zentrum von Handelspolitiken. Angestrebt wird die Ausweitung demokratischer Möglichkeiten zur Schaffung von Rahmenbedingungen und Spielregeln für den Welthandel, die gerechte, nachhaltige und widerstandsfähige Wirtschaftsweisen unterstützen und fördern. Wie lokal oder regional Produktion und Handel sein können oder sollen, wird von Produkt zu Produkt, von Sektor zu Sektor unterschiedlich sein und ist dementsprechend zu organisieren.

Ein gerechtes Welthandelssystem bedeutet, dass jede Region und jeder Kontinent über wirtschaftliche Strukturen für die Produktion und Bereitstellung der notwendigen Güter und Dienstleistungen zur Sicherung der Existenz verfügt und diese organisiert. Globale Güter- und Ressourcenströme werden dadurch verringert und eine Wirtschaft der kürzeren Wege ermöglicht. Das ist ein wichtiger Beitrag zur radikalen Reduktion von Kohlenstoffemissionen, um die UNO-Klimaziele zu erreichen.

Für die EU würde das zum Beispiel im Bereich der Lebensmittel bedeuten, die europäische Agrarpolitik auf die Stärkung lokaler Lebensmittelsysteme und die Produktion von ökologisch nachhaltigen und bezahlbaren Lebensmitteln zu richten, anstatt auf Produktionssteigerung und Exportorientierung zu setzen. In Handelsabkommen wie TTIP oder CETA würden dann Massnahmen verhandelt werden, die einerseits sicherstellen, dass die ökologisch nachhaltige Produktion durch billigere Importe nicht unter Druck kommt, und andererseits die Marktöffnung für jene Produkte erlauben, die komplementär sind.

3. Gerechter Welthandel respektiert ArbeitnehmerInnenrechte und internationale Umweltnormen

Das Welthandelsregime muss so gestaltet sein, dass es qualitative und gut bezahlte Arbeitsplätze auf der ganzen Welt ermöglicht. Die EU-Handelspolitik muss daher ArbeitnehmerInnenrechte fördern und absichern. Das Erreichen der höchsten Normen und Standards wird als Ziel in Handelsabkommen definiert. Der Wettbewerb um die höchsten Standards darf aber nicht zulasten der Länder des globalen Südens gehen. Hier braucht es Beratung und finanzielle Unterstützung bei der Erfüllung hoher Standards.

Die Einhaltung von Arbeitsstandards und internationalen Umweltnormen ist dann zwingend Voraussetzung für den Abschluss von Handelsabkom-

Die «Friedens-Insel»: Helvetia steht mit einem Palmzweig als Symbol des Friedens auf dem Felsen in der Brandung des Ersten Weltkriegs. Postkarte von 1916 nach einem Gemälde von E. Erzberger.

men, ebenso wie Instrumente, mit denen diese durchsetzbar werden. Denn InvestorInnen und Unternehmen müssen im Falle von Regelverletzungen zur Verantwortung gezogen werden können.

4. Gerechter Welthandel nimmt die öffentliche Daseinsvorsorge von Handels- und Investitionsabkommen aus

Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie die Energie- und Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit und soziale Dienste müssen vor offensiven kommerziellen Interessen und Marktregeln geschützt werden, ebenso wie der politische Handlungsspielraum von Gemeinden und Ländern zur Gestaltung und Regulierung dieser. Das *Alternative Handelsmandat* nimmt öffentliche Dienstleistungen und die öffentliche Auftragsvergabe von Handels- und Investitionsabkommen aus. Auch stabile und sichere Finanzmärkte sind ein öffentliches Gut. Abkommen müssen so gestaltet sein, dass sie die Regulierung von Finanzmärkten durch Regierungen weder einschränken noch dieser im Weg stehen. Handelspolitik und -abkommen müssen auch Vorgaben zur Steuerkooperation enthalten, um Steuerhinterziehung durch transnationale Konzerne zu bekämpfen.

5. Abkommen für einen gerechten Welthandel enthalten keine Sonderklagerechte für Konzerne

Ausländische Direktinvestitionen müssen so erfolgen, dass eine gerechtere Zukunft für Einzelpersonen, Gemeinschaften und den ganzen Planeten ermöglicht wird. Das *Alternative Handelsmandat* schlägt vor, dass die EU und ihre Mitgliedsländer all jene Investitionsabkommen kündigen, die es Empfängerländern von Investitionen verunmöglichen, ihren gesetzlichen Verpflichtungen wie der Umsetzung von Menschenrechten nachzukommen, oder die dazu führen, dass sie Instrumente wie Kapitalverkehrskontrollen oder Massnahmen gegen Steuerhinterziehung nur noch eingeschränkt nutzen können. Ein zukunftsfähiges Investitionsregime stellt sicher, dass Unternehmen, die ihren Verpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz nicht nachkommen, sanktioniert werden können – und zwar dort, wo sie ihren Stammsitz haben.

6. Eine progressive Handels- und Investitionspolitik ist demokratisch

Handels- und Investitionsabkommen im Interesse von Mensch und Natur erfordern die breite Beteiligung aller betroffenen AkteurInnen vor und während der Verhandlungen sowie die Offenlegung aller Verhandlungsdokumente. Eine demokratische Legitimierung bedeutet unter anderem, dass Parlamente bereits an der Erarbeitung des Mandats beteiligt sind und Einfluss auf den Verhandlungslauf nehmen können. Während des ganzen Prozesses und auch vor einer Abstimmung über ein fertig verhandeltes Abkommen braucht es eine umfassende Auseinandersetzung in den zuständigen Parlamenten unter Einbindung von Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen. •

*Alexandra Strickner, *1969, ist politische Ökonomin und Aktivistin. Sie hat Attac Österreich mitbegründet und beschäftigt sich seit 2001 mit der EU-Handels- und Investitionspolitik, dem Welthandelsregime und Alternativen dazu. Alexandra Strickner ist Referentin am WOZ-Europakongress vom 8./9. September 2017 in Zürich.*

alexandra.strickner@attac.at